



Netzwerk EBD Halbjahresumfrage 2009 - Schwedische EU-Ratspräsidentschaft

Meinungen der Interessengruppen

Zusammenfassung

Die Umfrage: Das Netzwerk EBD hat im Sommer 2009 unter seinen 171 Mitgliedsorganisationen die „Netzwerk EBD-Halbjahresumfrage“ zum Programm der Schwedischen EU-Ratspräsidentschaft durchgeführt. Über 30 Organisationen aus unterschiedlichen Branchen und gesellschaftlichen Gruppierungen haben sich an der Umfrage beteiligt (Liste im Anhang), so dass die thematische Gewichtung in den Ergebnissen der Umfrage als repräsentativ angesehen werden kann. Die Beteiligung liegt damit höher als bei vorhergehenden Halbjahresumfragen.

Erstmals wurde die Umfrage online-basiert auf der Internetseite des Netzwerks EBD durchgeführt. Die Fragen waren zum Teil im multiple-choice Verfahren erstellt, zum Teil wurden offene Fragen gestellt. Alle orientierten sich an den Schwerpunkten der Schwedischen EU-Ratspräsidentschaft und nahmen besonderen Bezug auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon.

Kern der Netzwerk EBD-Halbjahresumfrage sind die europapolitischen Erwartungen und Forderungen der Mitgliedsorganisationen. Die Interessengruppen wurden gebeten, konkrete Gesetzgebungsverfahren und Konsultationen zu benennen, die für sie in den kommenden Monaten von besonderem Interesse sind. Darüber hinaus sollten sie Politikbereiche benennen, in denen sie weitere Initiativen erwarten – von der Schwedischen EU-Ratspräsidentschaft oder der Europäischen Kommission.

Die Ergebnisse: Wirtschaft und Beschäftigung, Fragen der Finanzmarktkontrolle sowie des Verbraucher- und Klimaschutzes haben die höchste **Priorität für die Interessengruppen** in den Monaten der Schwedischen EU-Ratspräsidentschaft. Hier werden zudem die meisten konkreten Gesetzgebungs- und Konsultationsverfahren erwartet und benannt.

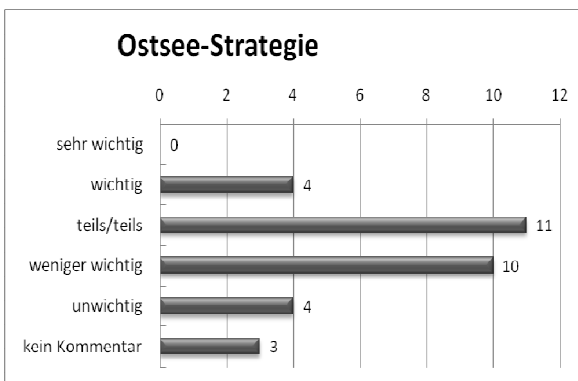
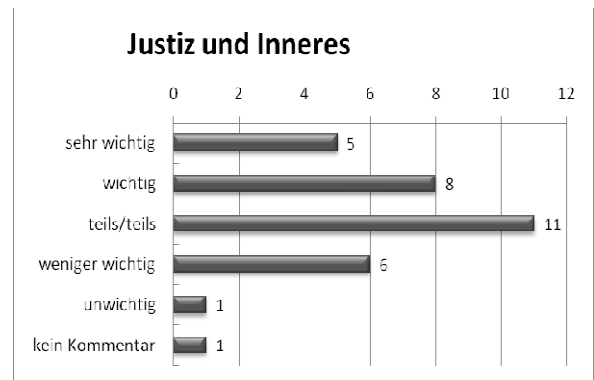
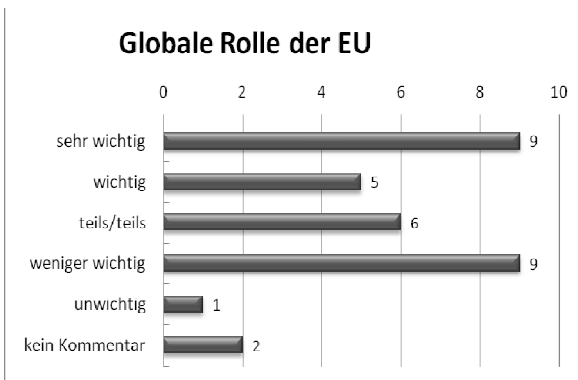
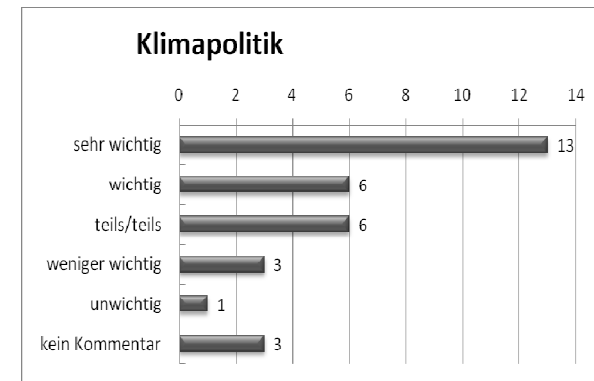
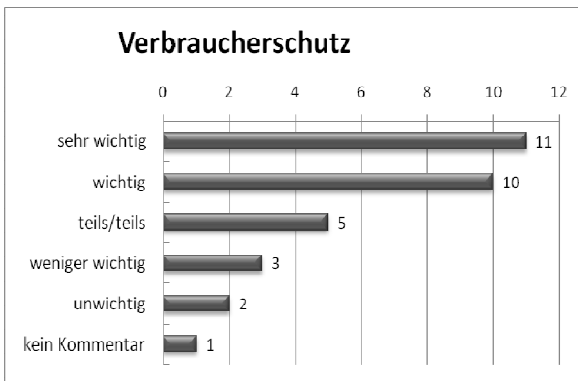
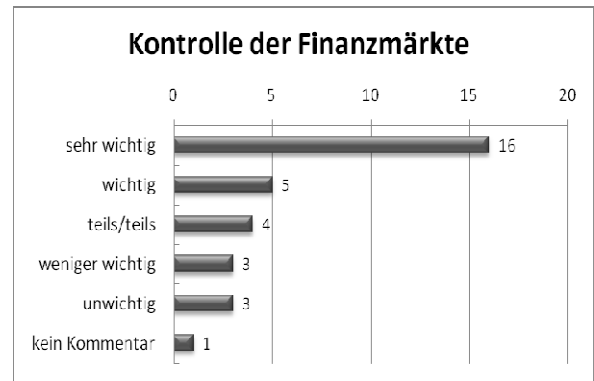
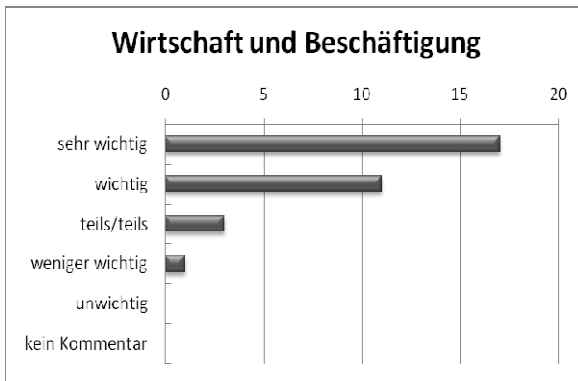
Angesichts der anstehenden Neubesetzung der Europäischen Kommission werden bei den **Erwartungen**, welche Initiativen die EU zusätzlich ergreifen sollte, weniger und eher allgemeinere Angaben gemacht. So sollte z.B. „die Industriepolitik der EU besser koordiniert“, „das Bestehende überprüft und konsolidiert“ sowie „die Subsidiarität“ und „die soziale Dimension“ gestärkt werden.

Fast drei Viertel der Befragten gehen davon aus, dass der **Vertrag von Lissabon** noch in diesem Jahr ratifiziert wird und damit Anfang 2010 in Kraft treten kann. In der Folge erwarten viele Interessengruppen, dass das Lobbying intensiver und diversifizierter werden wird – nicht zuletzt durch die gestärkten Mitwirkungsrechte von Europäischem Parlament, Deutschem Bundestag und Bundesrat.

Darüber hinaus wird befürchtet, dass durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die entsprechenden **Begleitgesetze** die deutsche Europapolitik in ihren Entscheidungsabläufen schwerfälliger wird und dies insgesamt zu mehr Bürokratie führt. Das neue Instrument der **Subsidiaritätskontrolle** planen die meisten Interessengruppen jedoch nicht selbst zu nutzen.

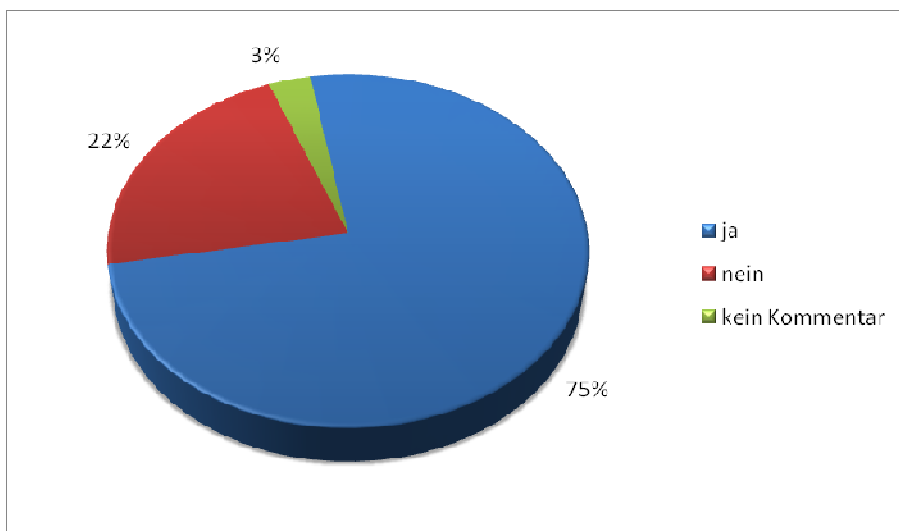
Ein eindeutiges Votum gibt es abschließend zur **Rolle des Europäischen Parlaments**: hier fordern 84 Prozent der Befragten eine bessere Darstellung und Vertretung der Arbeit des Europäischen Parlaments in der Bundeshauptstadt Berlin.

1 Wie bewerten Sie die Prioritäten der Schwedischen EU-Ratspräsidentschaft für die Arbeit Ihrer Organisation?



2 Die Vereinbarkeit von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum

Die Schwedische EU-Ratspräsidentschaft legt großen Wert auf die Vereinbarkeit von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum. Ist dieser Zusammenhang auch für die Organisationen der Interessengruppen von hoher Relevanz?



3 Welche Richtlinien, Verordnungen, Entscheidungen oder Konsultationsverfahren werden im kommenden Halbjahr mit besonderem Interesse verfolgt?

3.1 Verbraucherschutz

Nahezu alle Aktionsbereiche im europäischen Binnenmarkt wirken sich auf wirtschaftlich Handelnde sowie Verbraucher direkt oder indirekt aus. Entsprechend wurden in der Umfrage in einigen Fällen keine konkreten Gesetzgebungsverfahren genannt, sondern allgemein als Rahmen „Verbraucherschutz“ als politisches Feld angegeben, in dem eine Reihe von Entscheidungen mit besonderem Interesse verfolgt wird. Mehrfach wurden konkret die Richtlinie zu Verbraucherrechten erwähnt sowie das Thema Sammelklagen. Darüber hinaus standen die Bereiche der Finanzdienstleistungen, der Nahrungsmittelkennzeichnung sowie das Auslaufen der Novel-Food-Verordnung im Vordergrund.

3.2 Beschäftigung, Soziales und Gesundheit

Das sind die drei Elemente der Ratsformation, die neben dem Verbraucherschutz den wohl umfassendsten Themenbereich beschreiben. Die insgesamt 21 Nennungen verteilten sich recht gleichmäßig auf die drei Themenbereiche, wobei in der Gesundheitspolitik wie auch in der Beschäftigungspolitik sehr konkrete Gesetzgebungsverfahren erwartet und verfolgt werden, wohingegen im Bereich **Soziales** eher allgemeine Angaben gemacht wurden. Bei **Gesundheit** ging es in mehreren Nennungen um Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung sowie um den Gesundheitsschutz in Pflegenden Berufen und anderen Berufen. Im Bereich **Beschäftigung** stand das weitere Vorgehen bei der Arbeitszeit-Richtlinie sowie der Richtlinie zu Saisonarbeitern im Mittelpunkt.

3.3 Wirtschaft und Finanzen

Insgesamt wurden 14 Nennungen gemacht, bei denen die Schwerpunkte eindeutig auf zwei Punkten lagen: zum einen die Neuordnung der Finanzmärkte verbunden mit der zu schaffenden Finanzaufsicht und zum anderen der Post-Lissabon-Prozess, der nach Auslaufen der Lissabon-Strategie im Jahre 2010 mit großer Aufmerksamkeit beobachtet wird.

3.4 Umwelt, Klima und Energie

Auch in diesem Bereich wurden insgesamt vierzehn Angaben gemacht, die zumeist die Bedeutung der **UN-Klimakonferenz in Kopenhagen** im Dezember 2009 hervorhoben. Dadurch werden offenbar hohe Erwartungen formuliert, dass abgesehen von einigen wichtigen Einzelentwicklungen

wie die Neuausrichtung der **EU-Verkehrspolitik**, **Energieeffizienzsteigerungen** oder die **EU-Öko-Verordnung** die globalen Rahmenbedingungen für alle weiteren Verhandlungen existenziell wichtig sind.

3.5 Telekommunikation, Datenschutz und Urheberrechte

Die insgesamt neun Nennungen betrafen in erster Linie die laufende Überprüfung des Telekommunikationsrechtsrahmens sowie die Datenschutz-Richtlinie und allgemeine Fragen des Urheberrechts.

3.6 Allgemeine Angelegenheiten

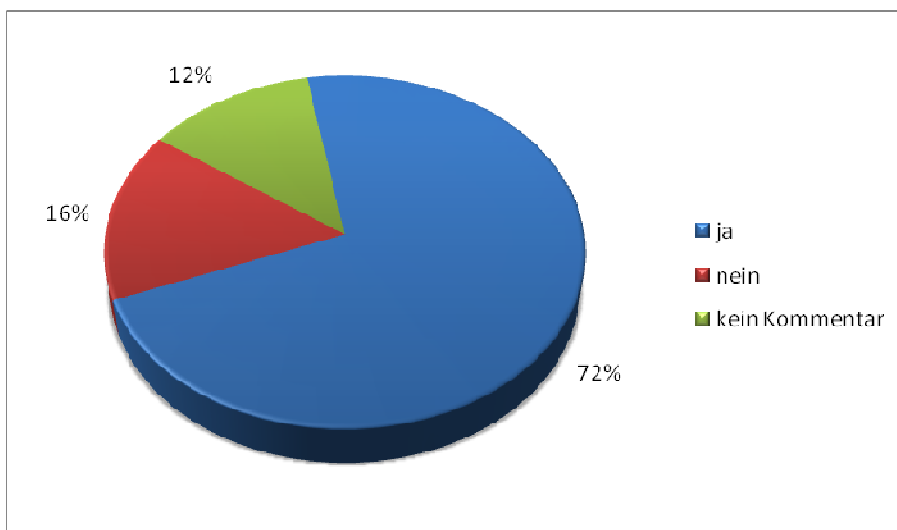
Nur wenige Nennungen wurden zur Ratifizierung des **Vertrags von Lissabon** oder der Neubesetzung der **Europäischen Kommission** gemacht, vermutlich da es sich um zwar wichtige, aber doch übergeordnete Rahmenbedingungen handelt. Aus dem Bereich Innen und Justiz wurde das **Stockholmer Programm** als Nachfolge des Haager Programms sowie die weiteren Entwicklungen bei der **Brüssel I Verordnung** genannt, bei der es um die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen geht.

4 Welche Initiativen sollte die EU aus Ihrer Sicht im kommenden Halbjahr zusätzlich ergreifen? Welche Forderungen werden von Ihrer Organisation gestellt?

Möglicherweise angesichts der anstehenden Neubesetzung der Europäischen Kommission werden bei den **Erwartungen**, welche Initiativen die EU zusätzlich ergreifen sollte, weniger und eher übergreifende Angaben gemacht. So sollte z.B. „die Industriepolitik der EU besser koordiniert“, „das Bestehende überprüft und konsolidiert“, die „Wirtschafts- und Finanzkrise wirksam bekämpft“ sowie „die Subsidiarität“ und „die soziale Dimension“ gestärkt werden.

Konkrete Vorstellungen bewegen sich im sehr fachspezifischen Bereich, sind aber klar unterrepräsentiert. Dennoch haben die Interessengruppen klare Vorstellungen davon, wie in Zukunft die EU agieren sollte: Chancen der Internationalisierung nutzen - Betonung der Wettbewerbsagenda - Klares Bekenntnis zur Subsidiarität - Bildung als Thema Nummer eins - Europa einfach gestalten - Ein handlungsfähiges Europa schaffen.

5 Gehen Sie davon aus, dass der Vertrag von Lissabon noch in diesem Jahr 2009 ratifiziert wird?



6 Falls der Vertrag von Lissabon ratifiziert wird: Welche konkreten Auswirkungen erwarten Sie für Ihre Organisation?

Fast drei Viertel der Befragten gehen davon aus, dass der **Vertrag von Lissabon** noch in diesem Jahr ratifiziert wird und damit Anfang 2010 in Kraft treten kann. In der Folge, nach Inkrafttreten, erwarten viele Interessengruppen, dass das Lobbying intensiver und diversifizierter werden wird –

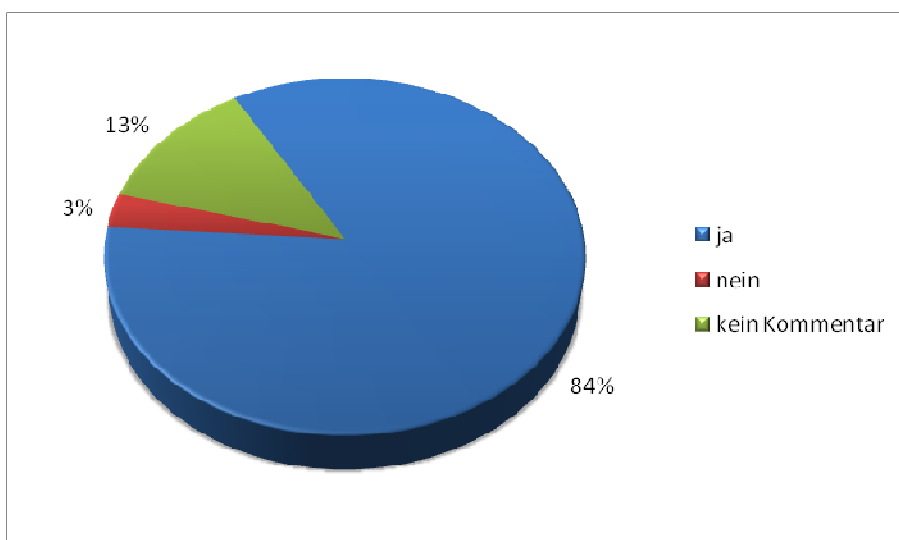
nicht zuletzt durch die gestärkten Mitwirkungsrechte von Europäischem Parlament, Deutschem Bundestag und Bundesrat.

Darüber hinaus wird befürchtet, dass durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die entsprechenden **Begleitgesetze** die deutsche Europapolitik in ihren Entscheidungsabläufen schwerfälliger und zu mehr Bürokratie führen wird.

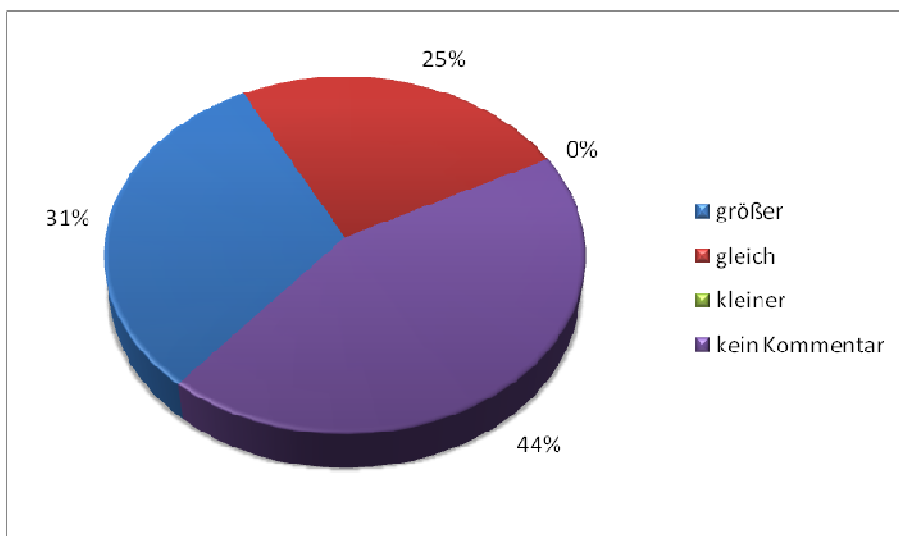
7 Inwiefern plant Ihre Organisation das neue Instrument der Subsidiaritätskontrolle zu nutzen?

Das neue Instrument der **Subsidiaritätskontrolle** planen die meisten Interessengruppen nicht selbst zu nutzen, wenngleich es nahezu von allen begrüßt wird. Lediglich eine Organisation gab an, die Subsidiaritätskontrolle intensiv nutzen zu wollen, insbesondere im Bereich Sammelklagen.

8 Sollten die Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments aus Ihrer Sicht in der Bundeshauptstadt stärker vermittelt werden?



9 Inwieweit wird das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Arbeitsweise der deutschen Interessengruppen in Bezug auf den neuen Einfluss des Bundestages und der Länder auf EU-Gesetzgebung verändern?



10 Anhang: Teilnehmende Mitgliedsorganisationen

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen – BAGSO +++ Bundesverband der Deutschen Industrie – BDI +++ Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen +++ Bundesverband mittelständische Wirtschaft – BMVW +++ Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste – bpa +++ dbb beamtenbund und tarifunion +++ Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung – DGUV +++ Deutscher Brauer-Bund +++ Deutscher Industrie- und Handelskammertag – DIHK +++ Deutscher Juristinnenbund – djb +++ Deutscher Sparkassen- und Giroverband – DSGV +++ E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG +++ Europahaus Aurich. Die Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule +++ Europa-Haus Leipzig +++ Europäische Bewegung Nordrhein-Westfalen +++ Europäische Bewegung Sachsen +++ Europa-Union Deutschland +++ Europa-Union Landesverband Rheinland-Pfalz +++ Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte – GEMA +++ Hauptverband der Deutschen Bauindustrie +++ Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands – KAB +++ Markenverband +++ Mérite Européen Freundes- und Förderkreis Deutschland +++ Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft – RKW +++ SOLWODI Deutschland +++ Verband Deutscher Zeitschriftenverleger – VDZ +++ ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft +++ Verbraucherzentrale Bundesverband - VZBV+++ Verein Deutsche Sprache +++ Verband Privater Rundfunk und Telemedien - VPRT +++ VIER PFOTEN - Stiftung für Tierschutz